



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Frauen, Frieden, Sicherheit: 10 Jahre Sicherheitsratsresolution 1325 der Vereinten Nationen

Frauen, Frieden, Sicherheit:
10 Jahre Sicherheitsratsresolution 1325
der Vereinten Nationen

■ ■ ■ Einführung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) steht als federführendes Ressort für die Gleichstellung der Geschlechter in besonderer Verantwortung, innerhalb der Bundesregierung die Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ zu fördern. Ohne direktes Mandat in den Krisenregionen übernimmt das BMFSFJ hier eine Moderatorenrolle, um das gemeinsame Handeln verschiedener Akteure und Akteurinnen auf nationaler Ebene zu unterstützen und zusammenzuführen. Ein wesentliches Ziel ist es, in den Friedensmissionen, in denen Deutschland Mitverantwortung trägt, die von der Resolution 1325 geforderte Einbeziehung einer Geschlechterperspektive zu befördern. Durch eine intensiv abgestimmte Zusammenarbeit der Ressorts kann erreicht werden, dass an den Friedensbildungsprozessen vor Ort in den Konfliktregionen Männer und Frauen gleichermaßen beteiligt und ihre verschiedenen Erfahrungen und Bedürfnisse besser berücksichtigt werden.

Das BMFSFJ hat im September 2009 – im Vorfeld des zehnjährigen Jubiläums der Verabschiedung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 – in Kooperation mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zu einem ersten Werkstattgespräch „Frauen und bewaffnete Konflikte“ eingeladen. Teilgenommen haben die an der Umsetzung der VN-Resolution 1325 beteiligten Bundesressorts (Auswärtiges Amt, Bundesministerium der Verteidigung, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz) sowie weitere Einrichtungen und Organisationen wie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (vormals GTZ), das VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr und die Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung. Dieses Werkstattgespräch ermöglichte einen intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch und die Entwicklung neuer Ideen zur Einbringung von Gleichstellungsaspekten in dieses Politikfeld und war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Entwicklung einer effektiveren, besser strukturierten Zusammenarbeit der in diesem Themenfeld agierenden staatlichen Organisationen.





Anlässlich des zehnten Jahrestages der VN-Resolution 1325 im Jahr 2010 haben sich Bundesregierung, Bundestag, Verbände und Nichtregierungsorganisationen in verschiedener Art und Weise intensiv mit der Thematik befasst. Zivilgesellschaftlich Handelnde haben kritisch Bilanz gezogen und Empfehlungen für die weitere Umsetzung erarbeitet. Die Bundesregierung hat diese Aktivitäten unterstützt und ihrerseits eine kritische Würdigung des bisher Erreichten vorgenommen. Die daraus abzuleitenden Schlussfolgerungen für ein weiteres Vorgehen spiegeln sich unter anderem auch im dritten Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Resolution 1325 wider. Dieser Bericht informiert nicht nur über die bisherigen Maßnahmen zur Implementierung, sondern auch über Planungen und Prioritäten für die weitere Umsetzung.

Der Deutsche Bundestag hat seinen politischen Willen zur Umsetzung der Resolution 1325 bekräftigt und die Bundesregierung aufgefordert, „zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ressorts zu verstärken und dabei die internationalen Erfahrungen mit der Umsetzung der Resolution zu berücksichtigen“ (BT-Drs. 17/901 vom 03.03.2010).

Diesen Auftrag hat das BMFSFJ mit seinem zweiten Werkstattgespräch „Frauen und bewaffnete Konflikte“ im Oktober 2010 aktiv aufgegriffen, um im Sinne des Konzepts der vernetzten Sicherheit eine systematisch strukturierte Zusammenarbeit der beteiligten Ministerien in den Konfliktregionen weiterzuentwickeln. Der Leitgedanke dieser Follow-up Tagung war es, durch eine Stärkung der Kooperation zwischen den Beteiligten auf nationaler Ebene auch das Zusammenwirken der verschiedenen Akteure und Akteurinnen vor Ort in den Krisengebieten zu unterstützen und damit zu einer erfolgreichen gemeinsamen Umsetzung der VN-Resolution 1325 beizutragen. Beispielhaft wurde erörtert und diskutiert, wie in Friedensmissionen durch eine besser vernetzte Zusammenarbeit von Militär, Polizei und Zivilgesellschaft die Beteiligung von Frauen erhöht, ihre Stimme im Friedensprozess besser hörbar gemacht und auch ihre Sicherheit verbessert werden kann.

Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung des Deutschen Instituts für Menschenrechte „Frauen als Akteurinnen in Friedensprozessen“ – vom BMFSFJ als Begleitstudie zum Werkstattgespräch 2010 „Frauen und bewaffnete Konflikte“ anlässlich des 10. Jahrestages der VN-Resolution 1325 in Auftrag gegeben – ist die Empfehlung, durch eine umfassende Umsetzungsstrategie eine kohärente Vorgehensweise der beteiligten Ressorts bei der Implementierung der VN-Resolution 1325 anzustreben. Die Koordinierung bereits existierender Projekte und Maßnahmen bedarf einer systematisch strukturierten Kommunikation der verschiedenen Organisationen und Einrichtungen, um Synergieeffekte identifizieren und nutzen zu können sowie Reibungsverluste zu vermeiden. Hier setzen die Zielstellung des Werkstattgesprächs 2010 und die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen an: Alle an der Umsetzung der VN-Resolution 1325 Beteiligten müssen gemeinsam planen und handeln.





Gemeinsam mehr erreichen

■ ■ ■ Begleitstudie „Frauen als Akteurinnen in Friedensprozessen“

Das Deutsche Institut für Menschenrechte zeigt in seiner aktuellen Studie „Frauen als Akteurinnen in Friedensprozessen – Begleitstudie zum Werkstattgespräch ‚Frauen und bewaffnete Konflikte‘ anlässlich des 10. Jahrestages der UN-Resolution 1325“ den Mehrwert einer konsequenten Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 1325 auf:

■ ■ ■ Steigerung der Effektivität von Friedensmissionen

- Weibliches Missionspersonal vereinfacht Kontaktaufnahme zu einheimischen Frauen und
 - trägt maßgeblich zur Verbesserung der Informationslage bei, die zur Erhöhung der Sicherheit des Missionspersonals und der lokalen Bevölkerung genutzt werden kann,
 - erhöht gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz.
- Mitwirkung von Frauen an Entscheidungsprozessen verbreitert die Basis für lokale Kooperationen und eröffnet neue Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung.
- Aktiver Einsatz für eine Verbesserung der Lage der lokalen weiblichen Bevölkerung stärkt Legitimation und Glaubwürdigkeit der Friedensoperationen im Einsatzland als auch in den Entsendestaaten.



■ ■ ■ Verbesserung der Sicherheitslage und Lebenssituation der Bevölkerung in Krisenregionen

- Integration einer Geschlechterperspektive in die Arbeit von Friedensmissionen befähigt dazu, die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Männern in den Einsatzgebieten besser zu erkennen. In der Folge werden dadurch ermöglicht:
 - verbesserter Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt,
 - effektivere Bekämpfung und Ahndung geschlechtsspezifischer Gewaltverbrechen,
 - besserer Schutz der politischen Rechte von Frauen,
 - Verbesserung der rechtlichen Lage von Frauen und Sicherung des Zugangs zu Bildung, Gesundheitsversorgung, ökonomischen Ressourcen,
 - Steigerung der Qualität und Reichweite von Programmen zur Demobilisierung,
 - Entwaffnung und gesellschaftliche Re-Integration von ehemaligen Kombattantinnen und Kombattanten.

■ ■ ■ Nachhaltigkeit von Konfliktlösungsprozessen sowie Wiederaufbau

- Einbeziehung der Expertise von Frauen sowie ihrer Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen in Friedensprozessen steigert die Qualität der Konfliktbearbeitung.
- Aktive Einbindung von Frauen in Friedensverhandlungen stärkt die Glaubwürdigkeit der Friedensübereinkünfte und ermöglicht breiteres inhaltliches Spektrum (z. B. Integration sozialer und humanitärer Aspekte).
- Stärkere politische Repräsentanz und größere wirtschaftliche Bedeutung von Frauen sowie ihr besserer Zugang zu medizinischer Versorgung erhöhen die Chancen für einen dauerhaften Frieden in Krisenregionen.

Gemeinsam in die Praxis umsetzen

■ ■ ■ Handlungsableitungen und Empfehlungen aus der Begleitstudie

Die Studie liefert neben der übergeordneten Forderung nach einem umfassenden strategischen Ansatz für die Implementierung der Resolution 1325 im Rahmen des Konzepts der vernetzten Sicherheit konkrete Handlungsempfehlungen:

■ ■ ■ Stärkung der interministeriellen Arbeitsgruppe

Ausbau der interministeriellen Arbeitsgruppe zum regelmäßig tagenden Ressortkreis als wesentliches Instrument der kommunikativen Vernetzung. Aufbau einer neuen vertikalen Kommunikationsschleife, die einen regelmäßigen, systematischen, gegenseitigen Austausch zwischen dem Ressortkreis und den Akteuren und Akteurinnen in Friedensmissionen sicherstellt.

■ ■ ■ Einrichtung einer Schlüsselstelle

Institutionalisierung und Strukturierung der Arbeit des interministeriellen Ressortkreises durch Einrichtung einer Schlüsselstelle mit eigenem Budget und Personal.

■ ■ ■ Gender Training/Gender Advisor

Aufbau bzw. Vertiefung von Gender-Kompetenz für alle Beteiligten an Peacekeeping- und Peacebuilding-Einsätzen durch Gender Trainings. Ein besonderer Schwerpunkt sollte die Ausbildung von Genderberaterinnen und -beratern sein.

■ ■ ■ Erstellung eines Gender Audit

Erfassung aller Projekte, Initiativen, Feldmissionen etc. zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 und Identifizierung von Überschneidungen sowie Handlungsbedarf und Synergieeffekten.

Die Studie zeigt die bestehenden Herausforderungen bei der Umsetzung der VN-Resolution 1325 auf: Es gilt, einen umfassenden Ansatz zu verwirklichen, der **beide** Geschlechter an der Umsetzung der VN-Resolution beteiligt. Der Resolutionstext legt den Schwerpunkt auf die Belange von Frauen, impliziert aber gleichzeitig eine Geschlechtergerechtigkeit, die Frauen **und** Männer in die Verantwortung zur Friedensbildung einbindet.



Gemeinsam Lösungen finden – Ergebnisse des Werkstattgesprächs 2010

■ ■ ■ „Implementation of the DPKO/DFS* Gender Training Strategy“ – Trainingskonzept für mehr Gendergerechtigkeit

Vorschläge für die Gestaltung eines Ausbildungskonzepts für das Personal in internationalen Friedensmissionen unter Berücksichtigung der Geschlechtergerechtigkeit:

* Department of Peacekeeping Operations/Department of Field Support



Einrichtung von mobilen Trainingsteams

Mobile internationale und ressortübergreifende Trainingsteams schulen das Personal vor Ort. So werden vorhandene Kapazitäten, Kompetenzen und Einrichtungen besser genutzt.

„Train the Trainer“

Der Multiplikatoreffekt sorgt für eine schnellere und breitere Vermittlung des gewünschten Know-how an alle Zielgruppen.

Spezielle Ausbildung der Führungskräfte

Führungskräfte leben Gendergerechtigkeit vor und setzen sie in ihrem Verantwortungsbereich um. Voraussetzung dafür ist, dass die Führungskräfte speziell ausgebildet werden.

Prüfung und Konzeption von Anreizmechanismen

Intelligente Anreizsysteme motivieren andere Staaten dazu, das Trainingskonzept der Vereinten Nationen zu übernehmen und in die Praxis umzusetzen.

Internationale Zusammenarbeit stärken

Europa übernimmt eine Vorreiterrolle bei der Konzeption und Umsetzung des Trainingskonzepts. Dabei wird insbesondere die Zusammenarbeit mit denjenigen Ländern und Institutionen intensiviert, die bei der Umsetzung der VN-Resolution schon erfolgreiche Arbeit leisten.

■ ■ ■ **Stärkung von Frauenrechten zur Gewaltprävention –
Mehr politische Teilhabe binnenvertriebener Frauen
in Kolumbien**

Konkrete Projekte in Partnerländern sind ein Beitrag der Entwicklungspolitik zur Umsetzung der VN-Resolution 1325.

Weitere Erfolgsfaktoren für die vernetzte Umsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter – nicht nur in der Entwicklungspolitik:



Konsequente Anwendung des Top-Down-Prinzips

Führungskräfte mit ihrem Engagement und Willen haben entscheidenden Einfluss auf die Umsetzung der VN-Resolution 1325. Sie sollten ihren Beitrag für das Gelingen einer gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen deshalb noch ausbauen.

Verbesserung der Vernetzung

Dialogorientiert zusammenarbeiten. Die Weitergabe von Wissen an Kolleginnen und Kollegen ist zu verbessern und der Austausch von Erfahrungen zu intensivieren.

Überblick schaffen

Information ist die Basis von Vernetzung. Ein Überblick über alle Umsetzungsmaßnahmen ist eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Zusammenarbeit der Ressorts. Ein Gender Audit könnte Chancen für die Schaffung von Synergieeffekten aufzeigen.

Betroffenheit herstellen

Emotionale Betroffenheit und Empathie schaffen mehr Aufmerksamkeit und motivieren zusätzlich. Begegnungen und Erfahrungsaustausch mit „Vor-Ort-Akteuren/-Akteurinnen“ und der lokalen Bevölkerung bieten Gelegenheit, Informationen „aus erster Hand“ zu erhalten.

Budget für gemeinsame Projekte

Finanzielle Ressourcen schaffen Anreiz zur Zusammenarbeit. Ein gemeinschaftliches Budget für ressortübergreifende Projekte würde kohärentes Denken und Handeln stärker fördern – nicht nur in der Entwicklungspolitik.

Ausblick

Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zur Implementierung der VN-Resolution 1325 (November 2010) enthält eine Vielzahl von Maßnahmen (Zeitraum Juli 2007 bis Juli 2010) und benennt vier prioritäre Handlungsschwerpunkte mit konkreten Maßnahmen und Indikatoren zur Überprüfung der Umsetzung:

- **Beteiligung** von Frauen in nationalen, regionalen und internationalen **Institutionen und Mechanismen** zur Verhütung und Bewältigung von Konflikten
- **Trainingsmaßnahmen** zur Sensibilisierung in Geschlechterfragen
- Berücksichtigung von **Geschlechterperspektiven und Beteiligung von Frauen** bei der Aushandlung und Umsetzung von **Friedensübereinkünften**
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen bei der Planung und Durchführung von **Abrüstungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogrammen**

Damit unterstreicht die Bundesregierung ihren Willen, die Resolution 1325 planmäßig und koordiniert umzusetzen.

Die Prozesse zur Kommunikation und Kooperation zwischen den beteiligten Ressorts und Einrichtungen werden aktiv vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der Werkstattgespräche „Frauen und bewaffnete Konflikte“ unterstützt. Das Werkstattgespräch 2010 brachte praktische Ergebnisse zur Stärkung der Effektivität und Kohärenz der Umsetzung in Deutschland und in den Krisengebieten.

Die beteiligten Ressorts haben sich auf konkrete Schritte verständigt:

- Aufbau einer Microsite als interne Kommunikations- und Ressourcenplattform,
- Ausbau der Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Organisationen,
- Aufbau eines regelmäßigen Tagungszyklus der interministeriellen Arbeitsgruppe „Resolution 1325“ zum institutionalisierten Ressortkreis, der regelmäßig tagt,
- systematische Einbeziehung der Erfahrungen verschiedener Vor-Ort-Akteure und -Akteurinnen in die Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe.

Ein weiteres Ziel ist die Weiterentwicklung der interministeriellen Arbeitsgruppe zum „Ressortkreis VN-Resolution 1325“, in dessen Rahmen sich alle Beteiligten regelmäßig persönlich treffen, sich mit Akteurinnen und Akteuren aus den Friedensmissionen austauschen und gemeinsame ressortübergreifende Projekte gestalten.

Das Werkstattgespräch 2010 – anlässlich des zehnten Jahrestages der Verabschiedung der VN-Resolution 1325 – hat die elementare Bedeutung der VN-Resolution 1325 für eine erfolgreiche Sicherheitspolitik herausgestellt und aufgezeigt, wie wichtig die gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts der vernetzten Sicherheit ist. Der Aufbau verbindlicher Kooperationsstrukturen auf nationaler Ebene stärkt auch die Zusammenarbeit in den Friedenseinsätzen vor Ort und damit eine gelingende Umsetzung der Forderungen der Resolution 1325. Ganz im Sinne des aktuellen Beschlusses des Deutschen Bundestages kommt es jetzt darauf an „bei der weiteren Umsetzung der VN-Resolution 1325 deutlich zu machen, dass Frauen gleichberechtigt an der Lösung kriegerischer Konflikte und der Verhinderung von Gewalt mitwirken“ (BT-Drs. 17/4860 vom 23.02.2011).





Materialien und Links zur VN-Resolution 1325

UN Security Council Resolution 1325 on Women and Peace and Security vom 31. Oktober 2000

<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N00/720/18/PDF/N0072018.pdf?OpenElement>

UN Security Council Resolution 1820 vom 19. Juni 2008

<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N08/391/44/PDF/N0839144.pdf?OpenElement>

UN Security Council Resolution 1888 vom 30. September 2009

<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/534/46/PDF/N0953446.pdf?OpenElement>

UN Security Council Resolution 1889 vom 5. Oktober 2009

<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/542/55/PDF/N0954255.pdf?OpenElement>

UN Security Council Resolution 1960 vom 16. Dezember 2010

<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N10/698/34/PDF/N1069834.pdf?OpenElement>

UN Security Council, Dokument S/2010/173 (06.04.2010) „Women and peace and security“
Report of the Secretary-General

<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N10/305/16/PDF/N1030516.pdf?OpenElement>

UN Security Council, Dokument S/2010/498 (28.09.2010) „Women and peace and security“
Report of the Secretary-General

<http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N10/540/24/PDF/N1054024.pdf?OpenElement>

Erklärung und Aktionsplattform von Peking (beschlossen auf der 4. VN-Weltfrauenkonferenz 1995)

<http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/pdf/BDPfA%20E.pdf>



Rat der EU, Dokument 15671/08 (17.11.2008)

Vermerk des Generalsekretariats des Rates/der Kommission für die Delegationen
Betr.: Umfassender Ansatz für die Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit durch die EU

<http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/357690/publicationFile/3506/EU-UmfAnsatzRes-1325Res1820.pdf>

Rat der EU, Dokument 11948/10 (14.07.2010)

I/A-Punkt-Vermerk des Generalsekretariats des Rates für den Ausschuss der ständigen Vertreter: Indikatoren für den umfassenden Ansatz für die Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit durch die EU

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11948.de10.pdf>



Deutscher Bundestag: Drucksache 17/901 (03.03.2010)

„Internationaler Frauentag – Gleichstellung national und international durchsetzen“

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700901.pdf>

Deutscher Bundestag: Drucksache 17/4860 (23.02.2011)

„100 Jahre Internationaler Frauentag“

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704860.pdf>

3. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“

<http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/384190/publicationFile/44790/Aktionsplan-Bericht3-de.pdf;jsessionid=F9B37B9742121D1AF2953DC1EF98EC7D>

Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 1325 („Frauen, Frieden und Sicherheit“), November 2010 (auch erschienen als Drucksache des Deutschen Bundestags Nr. 17/4152 am 03.12.2010)

<http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/357668/publicationFile/149919/Frauen-Bericht-Res1325.pdf>



Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte: Frauen als Akteurinnen in Friedensprozessen – Begleitstudie zum Werkstattgespräch „Frauen und bewaffnete Konflikte“ anlässlich des 10. Jahrestages der UN-Resolution 1325, Veranstaltung des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 20.10.2010

http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/studie_frauen_als_akteurinnen_in_friedensprozessen.pdf

 Bildnachweis

Seite 2: BMFSFJ

Seite 4: UN Photo/Devra Berkowitz

Seite 5: EUFOR RD Congo/Andrea Bienert

Seite 6: UN Photo/Marco Dormino

Seite 7: EUFOR RD Congo/Andrea Bienert

Seite 8: UN Photo/Logan Abassi

Seite 11: UN Photo/Logan Abassi

Seite 12: UNDP Malaysia

Seite 14: GIZ/Michael Meyer

Seite 17: Welthungerhilfe/Maedje

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0180 5 778090*
Fax: 0180 5 778094*
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Artikelnummer: 4BR68

Stand: Juli 2011, 1. Auflage

Gestaltung: www.kienbaum-communications.de

Druck: www.welp-druck.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 0180 1 907050**

Fax: 030 18555-4400

Montag–Donnerstag 9–18 Uhr

E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115***

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: [115@gebaerdentelefon.d115.de](tel:115@gebaerdentelefon.d115.de)

* Jeder Anruf kostet 14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz,
max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.

** 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den
Mobilfunknetzen

*** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch
die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag
zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie
zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen,
Nordrhein-Westfalen u. a.. Weitere Informationen dazu finden Sie
unter www.d115.de; 7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz,
max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.